



Binswanger

Worum es bei der SRG- Abstimmung wirklich geht

Die Schweiz debattiert über die Höhe der Rundfunkgebühren. Aber nicht über die eigentlichen Fragen.

Von [Daniel Binswanger](#), 17.01.2026

Es gibt gute Gründe, davon auszugehen, dass die Halbierungsinitiative abgelehnt wird. Das SRF erfreut sich in der breiten Bevölkerung – bei Jodlerinnen, Schwingern, Landfrauen, Lauberhornabfahrts-Fans, Donnschtig-Jassern – weiterhin solider Beliebtheit. Und das gilt ganz besonders von den Bürgerinnen fortgeschritteneren Alters, das heisst von denen, die auch stimmen gehen.

Natürlich versuchen die Initianten nun den Jodlerinnen einzureden, die Halbierung würde nur die Schwingfest-Übertragungen treffen. Und die Donnschtig-Jasser zu überzeugen, es müsste nur die «Landfrauenküche» geopfert werden. Grosses Ehrenwort: Die ganze Schweiz, jede einzelne Anspruchsgruppe wird weiterhin genau das Fernsehen bekommen, das sie immer eifrig konsumiert hat und das sie liebt. Einfach alles zum halben Preis! Es gehört zu Abstimmungskämpfen, dass absurder Unsinn erzählt werden darf.

Auffällig ist allerdings, dass die Befürworter mit angezogener Handbremse in den Abstimmungskampf einsteigen und nur überschaubar aktiv sind. Nachdem Albert Rösti (bis heute Mitglied des Komitees der Halbierungsinitiative) das Zerstörungswerk des Medienabbaus, das die Initiative sich zum Ziel setzt, als zuständiger Minister auf dem Verordnungsweg schon zu weiten Teilen hat umsetzen können, scheint es weniger dringlich geworden zu sein, die SRG nun auch noch direktdemokratisch zu schwächen.

Trotzdem deuten die bisherigen Umfragen darauf hin, dass es relativ knapp werden könnte und dass auch eine Annahme der Initiative nicht auszuschliessen ist. Die ganzen Scheindebatten über die Frage, welche Teile des Programms nun wirklich zum Service public gehören und welche Leistungen allenfalls auch von privaten, gewinnorientierten Anbietern zu leisten wären, könnten wir uns zwar sparen. Denn wenn die Rundfunkabgabe auf 200 Franken sinkt, so viel ist sicher, wird das Schweizer Informations- und Medienangebot massiv verschlechtert werden. Die Diskussionen über legitime und illegitime Sendeformate scheinen aber trotzdem erfolgreich Verwirrung zu stiften. Und in Zeiten schwindender Kaufkraft ist eine jährliche Ersparnis von 100 Franken SRG-Gebühren für viele Haushalte ein nicht zu verachtendes Angebot.

Worum es hier aber eigentlich geht, ist die Frage, ob in der Schweiz ein Mediensystem gepflegt werden soll, das einen einigermassen funktionierenden öffentlichen Diskurs ermöglicht. Eine mediale Infrastruktur, die vernünftige demokratische Entscheidungsprozesse erlaubt. Und heute alles andere als selbstverständlich ist.

Binswanger

Daniel Binswangers Kommentare verbinden das Klein-Klein der Tagespolitik mit den grossen Fragen, den grundlegenden Werten, den umfassenden Theorien. Aktuell und reflektiert. Jeden Samstag.

Denn darüber, dass die Medienpolitik ein zentrales Konfliktfeld der heutigen politischen Machtkämpfe ist, kann kein Zweifel bestehen. Das Hauptschlagwort, hinter dem sich die Kräfte des immer aggressiveren, immer stärker auftrumpfenden Rechtsradikalismus inzwischen in allen Ländern scharen, ist die «Meinungsfreiheit». Was sich hinter dem neuen Kampfbegriff verbirgt, ist allerdings das exakte Gegenteil: der Wille, die öffentliche Meinung zu dominieren, radikale Positionen zu verbreiten

und durchzusetzen – und gegnerische Positionen zum Schweigen zu bringen. Indem man ihnen attestiert, «Feinde der Meinungsfreiheit» zu sein.

De facto sind die vermeintlichen Prediger der Meinungsfreiheit die Freunde der Zensur. Deshalb sind sie auch die Feinde eines funktionierenden Mediensystems. Denn wo es starke Medien gibt, ist Zensur ein Ding der Unmöglichkeit.

Am extremsten manifestiert sich dieses Phänomen – die Zerstörung der Meinungsfreiheit im Namen der Meinungsfreiheit – natürlich in den USA. Nicht umsonst hat J. D. Vance die Rede an der letztjährigen Münchener Sicherheitskonferenz, mit der die Trump-Regierung die Feindseligkeiten gegenüber Europa quasi offiziell eröffnet hat, der von Europa vermeintlich mit Füssen getretenen Meinungsfreiheit gewidmet.

In Europa seien die «demokratischen Werte» bedroht, so Vance, weil freie Meinungsäußerung als Desinformation gegeisselt werde und weil die regierenden Parteien an der Brandmauer festhalten wollten. Die AfD direkt genannt hat Vance damals nicht, dafür traf er sich in München mit AfD-Vertreterinnen. Vance möchte die vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch bezeichnete AfD an der Macht sehen in Deutschland, so wird es nun auch in der amerikanischen Sicherheitsstrategie festgehalten. Europas Problem, so damals Vance explizit, seien nicht «äussere Akteure» wie Russland, sondern «die Gefahr von innen», sprich die Bundesregierung und der deutsche Verfassungsschutz.

Besonders grotesk an dieser vermeintlichen Bedrohungsanalyse ist allerdings, dass Vance selbst ein erbitterter Feind der Meinungsfreiheit ist und die Trump-Regierung nichts unversucht lässt, um politische Gegner zu kriminalisieren, journalistisches Arbeiten zu behindern und über sämtliche Medien so weit als möglich die Kontrolle zu erlangen. Zu nennen wäre in diesem Kontext nicht nur die Maga- (und AfD-)Propaganda von Elon Musk auf X, sondern auch die Übernahmen grosser US-Medienkonzerne und Pressetitel durch Trump-nahe Plutokraten. Ganz zu schweigen von Hausdurchsuchungen bei Journalisten durch das FBI, von Milliardenklagen gegen unabhängige Medien, von der Dauerbeschimpfung von Journalistinnen durch Regierungsvertreter und den Präsidenten höchstpersönlich, von nie dagewesener Medienzensur durch amerikanische Staatsorgane, zum Beispiel durch das Pentagon. Ein so systematischer und konsequent durchgezogener Angriff auf die Meinungs- und Pressefreiheit wie durch die Trump-Regierung ist in der jüngeren amerikanischen Geschichte präzedenzlos.

Wie ist so etwas möglich? Unter dem Banner «Meinungsfreiheit» versucht das Trump-Regime rechtsradikale Propaganda und die Zensur von gegnerischen Positionen durchzusetzen. Es gehört zur Kernstrategie jeder politischen Hypereskalation, dem Gegner genau das zu unterstellen, was man selbst tut. Die Zerstörung des demokratischen Diskurses wird immer im Namen der Demokratie vollzogen.

Neuerdings fällt die Social-Media-Plattform von Elon Musk ja sogar dadurch auf, dass KI-generierte sexualisierte Bilder von beliebigen Personen (auch Kindern) verbreitet werden können, und sie ist weiterhin ein globaler, weitgehend unregulierter Verbreitungskanal für rechtsradikale Hassdiskurse. Die Ermordung einer 37-jährigen dreifachen Mutter, die in Minneapolis gegen ICE-Aktionen protestiert hat und der deshalb von einem ICE-Agenten aus nächster Nähe durch die Scheiben ihres Wagens in den Kopf geschossen wurde, wird von der Trump-Regierung als Notwehr ausgegeben und gerechtfertigt. Dass das Opfer dieses horrenden Gewaltaktes zudem als «inländische Terroristin» verleumdet und für seine Ermordung selbst verantwortlich gemacht wird; dass mit grotesker Propaganda massive Gewaltakte legitimiert werden – auch das gehört zur vanceschen Vorstellung eines funktionierenden öffentlichen Diskurses.

Meinungsfreiheit, das ist, wenn die Staatsorgane lügen und verleumden – und politische Gegner möglichst zum Schweigen gebracht werden. Es ist die klassische Kommunikationsstrategie eines faschistischen Regimes.

Diese Form der Diskurspervertierung beschränkt sich allerdings nicht auf die USA. Auch in Deutschland sind dieselben Kräfte auf Expansionskurs. Die politischen Verhältnisse sind in der Bundesrepublik weiterhin deutlich solider, aber es wird exakt dieselbe Strategie verfolgt: die Zerstörung des öffentlichen Diskurses im Namen der Meinungsfreiheit. Der aktuelle Skandal um den schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther hat dies nun in aller Deutlichkeit vor Augen geführt.

Günther war am 7. Januar in der Talkshow von Markus Lanz zu Gast – und legte einen sehr beeindruckenden Auftritt hin. Hier sprach ein aufrechter Konservativer, ein Demokrat mit Rückgrat und Realismus, ein Christdemokrat im besten Sinn. Er sprach die Dinge mit einer wohltuenden Gerechtigkeit aus, die unter Politikern in Europa momentan leider viel zu selten ist.

Günther hielt fest, dass die EU selbstverständlich eine strikte Plattformregulierung braucht. Dass Jugendliche unter sechzehn Jahren keinen Zugang zu Social Media

haben sollten. Dass sämtliche öffentlichen Verwaltungen und Regierungen in Europa sich von amerikanischen Tech-Dienstleistern unabhängig machen müssen (Günther hat dies als absoluter Pionier in Schleswig-Holstein bereits umgesetzt). Dass es die Pflicht der deutschen Politik ist, Demokratie und Grundgesetz zu verteidigen, und dass diese Politik deshalb nicht um die Debatte herumkommt, ob eine vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextremistisch und verfassungsfeindlich betrachtete Partei verboten werden muss. Dass der deutsche Staat sich zu mobilisieren hat im hybriden Krieg, den Russland gegen ihn führt, und dass ein AfD-Verbot auch unter diesem Aspekt debattiert werden muss. Dass eine rechtspopulistische Hetzplattform wie das deutsche Digitalmedium «Nius» keinen seriösen Journalismus, sondern politische Agitation betreibt und journalistische Minimalstandards, deren Einhaltung zwingend sein sollte, permanent unterläuft.

Es ist richtig, dass Günther im Verlauf dieser Debatte auch eine ungeschickte Formulierung benutzte, die man, wenn man sie denn absichtlich falsch verstehen wollte, auch als Bejahung von staatlicher Zensur interpretieren konnte. Zu unterstellen, Günther habe das wirklich sagen wollen, ist zwar absurd. Er hat sich im Gegenteil sehr dezidiert zur Meinungsfreiheit bekannt. Aber das spielt keine Rolle mehr. Der Skandal dreht nun seit über einer Woche.

Günther wird heftigst angegriffen und verleumdet – als vermeintlicher Feind der «Meinungsfreiheit». «Nius» liefert gleich den Tatbeweis ihres journalistischen Niveaus, porträtiert Günther als autoritären Diktator, nennt ihn nur noch Kim Jong Günther und fordert selbstredend, «diesem Mann die Macht zu nehmen». Aber die Forderung nach Günthers Rücktritt bleibt beileibe nicht auf AfD-nahe Hetzportale beschränkt. Auch die Springer-Presse von Musk-Freund Mathias Döpfner übt sich nun in dieser Form der Publizistik. Die «Bild»-Zeitung fordert Günthers Canossagang – oder den Rücktritt.

Hier stehen wir heute: Daniel Günther ist momentan der elektoral mit Abstand erfolgreichste CDU-Ministerpräsident eines deutschen Bundeslandes. Er ist nicht nur ein klarer Gegner der AfD und der Fürsprecher einer funktionierenden Koalition zwischen Union und SPD – er ist mit seiner Klarheit sehr erfolgreich. Dieser Mann wird von der vermeintlich konservativen Springer-Presse mit einer Hetzkampagne nun zum Abschuss freigegeben. Zum Schutz der «Meinungsfreiheit». Nicht nur die amerikanische, auch die deutsche Presselandschaft ist inzwischen an einem sehr, sehr finsternen Ort.

Das ist der weltpolitische Hintergrund, vor dem die Schweiz nun abzustimmen hat über den Erhalt einer funktionstüchtigen Basis für ihren öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Wir sollten uns keine Illusionen machen: Die Kräfte, die die SRG so weit als möglich zerstören wollen (mit der Abschaffung sind sie 2018 gescheitert), sind die Kräfte der rechtsradikalen Disruption.

Wir stimmen nicht darüber ab, wie viele Instagram-Channels die SRG betreiben soll und ob es den Schweizer «Tatort» wirklich braucht. Wir stimmen darüber ab, ob wir die Infrastruktur der helvetischen Demokratie erhalten wollen. Ist die Antwort weiterhin gesichert?

Illustration: Alex Solman